

Bezugspreis:

Preis: 1. Vierteljahr 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 7. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

30 Jahre je 3 Milliarden.

London, 6. März. (WIB.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet: Auf Veranlassung von Lloyd George ist eine Verständigung unter den Alliierten über folgenden Plan zustande gekommen: 1. Feste Jahresraten von drei Milliarden Goldmark für die Dauer von 30 Jahren an Stelle der vorgesehenen 42 Jahre. 2. Erhebung einer Abgabe von 30 Proz. auf die deutsche Ausfuhr, die durch die Einfuhrländer vorzunehmen ist, mit einem festen Mindestsatz und genügender Sicherheit. Diese Abgabe könnte nach 5 Jahren 6 bis 8 Milliarden Goldmark einbringen.

Was den verbleibenden Restbetrag betrifft, d. h. den Unterschied zwischen der Gesamtsumme der festen Jahreszahlungen des Pariser Planes zuzüglich der 12prozentigen Ausfuhrabgabe einerseits und der Gesamtsumme der 30 Jahresraten des neuen Planes zuzüglich der 30prozentigen Ausfuhrabgabe andererseits, so würde man in Gemäßheit des Artikels 234 des Vertrages von Versailles es der Reparationskommission überlassen, den Wert und die möglich werdenden Ausgleichleistungen festzustellen, um den Betrag des Pariser Abkommens voll zu machen, nachdem sie erst den Gesamtbetrag des den Alliierten geschuldeten Schadenersatzes festgestellt haben wird.

London, 7. März. (WIB.) Reuter teilt mit, daß ein Vertreter des Reiches am Sonnabend vormittag eine Unterredung mit Dr. Simons gehabt habe. Es verlautet, daß die Deutschen morgen neue Vorschläge unterbreiten würden.

Verhandlungen.

Paris, 7. März. (WIB.) Wie einem Havasbericht aus London zu entnehmen ist, hat Sonnabend vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der nach Chequers gefahren war, um das Wochenende bei seiner Familie zu verbringen, zum Großen Sforza. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab. Es heißt in dem Berichte der Agence Havas noch, während man in englischen und italienischen Kreisen optimistisch gestimmt sei, sei man auf französischer Seite misstrauischer hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen.

Bertinaz, der Berichterstatter des „Echo de Paris“, erklärt, Lloyd George habe seinen politischen Sekretär Philippe Kerr zu der deutschen Delegation entsendet, und Staatssekretär Bergmann habe mit Lord d'Abernon verhandelt. Diese Vorläufigarbeitsgespräche hätten am Sonnabend zu der Beratung bei Lord Curzon geführt. Dr. Simons habe den alliierten Ministern in großen Zügen einen Plan entwickelt. Bertinaz sagt, auch der Gedanke einer provisorischen Lösung für fünf Jahre mit der Aussicht auf eine spätere Lösung sei in radikalen englischen Kreisen erörtert worden.

London, 7. März. (Reuter.) Lord d'Abernon, Louchere und Oberst Theunis besuchten am Sonntag Lloyd George in Chequers. Auf Grund der von ihnen überbrachten Informationen berief Lloyd George für 7 Uhr abends nach seiner Londoner Wohnung eine Versammlung der alliierten Delegationen, an der Lloyd George, Bonar Law, d'Abernon, Briand, Louchere, Gaspar, Theunis, Sforza und der japanische Vertreter teilnahmen.

Die deutschen Gegenanschläge.

Paris, 7. März. (WIB.) In London sagten einander gestern die Besprechungen. Im Laufe des Nachmittags begab sich Louchere nach Chequers, um dem englischen Ministerpräsidenten die neuen Vorschläge der deutschen Delegierten zu unterbreiten. Dem „Matin“ zufolge machten die neuen Vorschläge auf Lloyd George einen gewissen Eindruck. Er begab sich auch sofort mit Louchere nach London zurück, wo er um 7 Uhr abends anlangte. Briand wurde gebeten, sich sofort nach der Downing Street zu begeben, wohin auch Graf Sforza sowie die belgischen und japanischen Delegierten gerufen wurden. Die Sitzung wurde um 9 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 30 Minuten wieder aufgenommen und dauerte bis nach Mitternacht. Einer Mitteilung Briands zufolge werden die Besprechungen heute vormittag in selbiger Stunde erneut aufgenommen werden, damit noch vor 12 Uhr das Einverständnis zwischen den Alliierten hergestellt werde. Nach französischen Blättern ist Briand nicht geneigt, die Vorschläge, denen Lloyd George zustimmen scheint, anzunehmen. Namentlich deshalb nicht, weil die deutschen Vorschläge die bestimmte Bedingung voraussetzen, daß Oberösterreich beim Reich verbleibe.

Ueber den Inhalt der deutschen Gegenanschläge werden verschiednen lautende Berichte verbreitet. Danach würde Deutschland fordern, daß nur für die ersten fünf Jahre ein endgültiges Abkommen getroffen werde. Deutschland beruft sich dabei auf § 232 des Versailler Friedensvertrages, welcher lautet, daß im Falle, wenn die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen würden, daß die materiellen Mittel Deutschlands nicht ausreichen, die vollständigen Entschädigungszahlungen durchzuführen,

die Wiedergutmachungskommission neue Beschlüsse fassen müsse, welche der Zahlungsfähigkeit Deutschlands Rechnung tragen. Deutschland erklärt demnach in den neuen Vorschlägen, daß es durch fünf Jahre im Sinne des Abkommens von Paris seine Verpflichtungen erfüllen werde, daß es aber das Recht haben müsse, das ihm § 232 gibt, daß nach fünf Jahren festgestellt werde, ob Deutschland nicht über seine Leistungsfähigkeit hinaus bereits Leistungen erbracht habe. Eine wesentliche Bedingung, die die deutsche Delegation stellt, ist die, daß nach fünf Jahren die Feststellungen nicht durch die Wiedergutmachungskommission, sondern durch eine internationale Kommission zu erfolgen hätten. Deutschland würde demnach in den ersten 2 Jahren 2 Milliarden Goldmark, sodann 3 Milliarden Goldmark bezahlen. Wenn nach diesen fünf Jahren festgestellt wird, daß die bezahlte Summe der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht, bleibt das Abkommen von Paris in Geltung.

Was nun die 12 Prozent Ausfuhrabgabe betrifft, so liegen auch hier die verschiedensten Meldungen vor. Danach würde Deutschland diese entweder auf 30 oder 40 Prozent erhöhen lassen, um dadurch einen Wunsch von Lloyd George, auf dessen Erfüllung er anscheinend viel Wert legt, nachzukommen. Doch würde es sich nicht um eine eigentliche Besteuerung der deutschen Ausfuhr handeln, sondern die Originalpreise, sollen in den alliierten Ländern von den Käufern nicht vollständig an die deutschen Verkäufer abgeliefert werden, sondern nur 60 oder 70 Prozent, der Rest könne dem Wiedergutmachungskonto zugute und der deutsche Käufer würde den entsprechenden Betrag von der deutschen Regierung bezahlt erhalten. Unklarheit herrscht darüber, ob man diese Einbehaltung eines Teiles des Gegenwertes des deutschen Exports nur in den alliierten Ländern oder auch in den neutralen Ländern und den Vereinigten Staaten durchführen wolle.

Der Berichterstatter der „United Press“ erklärt, daß Dr. Simons heute folgende Vorschläge machen werde:

- 1. Zahlung von fünf Jahresraten, die zusammen einen Betrag von 15 Milliarden Goldmark ausmachen.
2. Ausgabe einer deutschen Anleihe ohne Hilfe der Alliierten.
3. Annahme des Vorschlages von Lloyd George, daß ein Teil der Beträge, die für die von den Deutschen ausgeführten Waren zu bezahlen sind, den Alliierten zugeführt werden. Als eine Bedingung stellt die deutsche Abordnung auf diese Mittelung findet sich in verschiedenen englischen Zeitungen, daß das Gelingen der deutschen Anleihe dadurch ermöglicht werden müsse, daß gewisse Klauseln des Friedensvertrages aufgehoben werden, damit die Unterzeichner der Anleihe die nötigen Garantien hätten.

Man hat den Eindruck, als ob sich in London ein Kompromiß vorbereite. Die große Frage besteht nur darin, ob die französische Abordnung diesem zustimmen würde. Den letzten Nachrichten des „Echo de Paris“ zufolge hätte Briand ein von Lloyd George ausgearbeitetes Kompromiß angenommen.

Eine Erklärung Dr. Simons'.

Paris, 7. März. (WIB.) Nach hier vorliegenden Meldungen soll Dr. Simons den Vertretern der verbündeten Presse gestern folgende Erklärung abgegeben haben: Die deutsche Delegation ist vom Präsidenten der Konferenz aufgefordert worden, neue Vorschläge zu unterbreiten, damit der Zustand, der das deutsche Angebot von den verbündeten Forderungen trennt, überbrückt werden kann. Wir sind im Begriff, in aufrichtigster Weise Mittel zu suchen, um dieses Problem zu lösen und einen Weg zu finden, der zur Verständigung führen kann. Ich wiederhole, daß wir bereit sind, das Mögliche zu vollbringen, und daß wir von dem besten Willen befeuert sind. Denn das ist ja die Grundbedingung für jedes Abkommen. Aber Sie werden zugeben, daß unser guter Wille eine Grenze hat bei unserer Leistungsfähigkeit und unseren Hilfsquellen. Der Vertrag selbst erkennt das an. Außerdem sind die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit so, daß die Zusammenarbeit aller Länder notwendig ist, wenn sie gelöst werden sollen, und die Entschädigungsfrage ist dabei ohne allen Zweifel ein beherrschender Faktor. Wir haben nur unsere Arbeitskräfte und unsere Produkte, als Zahlungen anzubieten, aber gerade diese beiden Arten sind in vielen Fällen nicht wünschenswert für die Länder, die ein Recht auf Wiederherstellung haben, weil sie den Anschein einer Konkurrenz erwecken. Eine eingehende Prüfung ist also notwendig. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien, die in Frage kommen, ist unerlässlich. Unter dieser Bedingung sehe ich wirklich nicht ein, warum eine Lösung nicht gefunden werden könnte.

Kabinettsitzungen in Berlin.

Berlin, 7. März. Die aus London vorliegenden Meldungen wurden gestern in zwei Kabinettsitzungen unter Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zwischen beiden Sitzungen fand eine Besprechung mit den erreichbar gemessenen Sachverständigen statt. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die heute in London stattfindende Verhandlung der Konferenz ergangen.

Politik der Ausflüchte.

Aus München wird uns geschrieben:

Am Freitag sollte, wie schon kurz berichtet, im Haus haltauschuß des Landtages über die schon vor 14 Tagen zurückgestellte Forderung eines Staatszuschusses von 15 Millionen für die Einwohnerwehr beraten werden. Da sich dabei eine allgemeine, der Kahr-Mehrheit außerordentlich unangenehme politische Aussprache entwickeln mußte, so bemühte sie sich schon seit Wochen, einen Ausweg zu finden. Erst sollten die Beratungen über die Sache einen „vertraulichen“ Charakter erhalten, dann aber entschloß man sich, ein zur „Beruhigung“, richtiger Täuschung, des Volkes geeigneteres Mittel anzuwenden. Die Londoner Verhandlungen boten es. Und mit dem die Politik der bayerischen Landtagsmehrheit kennzeichnenden Gemisch von Bauernpfrichtigkeit und naiver Dummheit kalkuliert man: der gutgläubige und unpolitische Teil des Volkes wird uns mit Unterstützung der „gutgesinnten“ Presse auch diesmal wieder glauben, daß „Staatsnotwendigkeiten“ die Regierung zwingen, jetzt in Deutschlands Schicksalsstunde, eine Auseinandersetzung über die Einwohnerwehr zu vermeiden. Denn, das war der Sinn der vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung, würde die Entente erkennen, daß es mit der deutschen Einheitsfront gegen ihre Diktate nicht so beschaffen ist, wie es im Interesse Deutschlands liegt, dann würde die Lage der deutschen Delegierten in London außerordentlich erschwert.

Immer wieder die beliebten Taschenspielerstücke! Wiederum der alte Trick, die als rechtskräftig erledigt zu betrachtende Entwaffnung der Einwohnerwehr mit dem Pariser Diktat zu verquicken, dem Deutschen Reich anerkannte Beschlüsse mit Vorschlägen zusammenzuwerfen, über die in London beraten wird. Aber die ganze Kahr-Politik ähnelt zu sehr den Methoden der Rohlwäucher, um ernsthafteste Worte über diesen Gegenstand zu rechtfertigen. Zur bayerischen Staatskunst gehört auch die in letzter Zeit auffällig zutage tretende „Reichstreue“ von Leuten, denen ihre hergebrachten „Stammeseigenheiten“ zehnmal mehr gelten als die Existenz des Reiches. Bei jeder Gelegenheit bricht in den Ausschüssen des Landtages — nicht im Plenum — ein Gemurmel über die verlorene bayerische Herrlichkeit, die Gefährdung seiner „Kultur“, seiner Hoheitsrechte usw. durch das Reich aus. Die jetzige Mehrheit des Landtages wäre jederzeit bereit, das Reich zu opfern, wenn damit die alten bayerischen Zustände erkaufte werden könnten!

Diese Tatsache bildet eben den festen Untergrund für alle Zweideutigkeiten, alle Gaukeleien der seit einem Jahre in Bayern betriebenen Kahr-Politik. Entsprungen einem Verfassungsbruch in Form eines gewalttätigen Handstreiches, geduldet und sanktioniert von offen und verheimlicht reaktionären Parteien, zu denen auch die bayerische „Demokratie“ zählt, eingeleitet mit der Vorspiegelung eines Treuhandsystems der Unparteilichkeit, könnte ihre Umkehr zur Wahrheit und Offenheit allein ihre Sünden vergessen lassen. Aber dieser Weg zur Umkehr ist ihr veramtet worden durch die „Unverantwortlichen“, die Heim, Kanzler, Escherich, und das Heer der Catillanier, denen Herr Böner in Südbayern freundschaftlichen Unterschlupf gewährt. Sie alle haben die Koalition auf eine Bahn getrieben, auf der es keinen Ausweg gibt, als Abdankung. Dazu glaubt die Koalition nicht verpflichtet zu sein, weil sie auf Grund der Wahlen vom 6. Juni 1920 die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Daß Mehrheit verpflichtet, hat niemals zu den Grundrissen der jetzigen Firmenträgerin der bayerischen Zentrumspartei gehört.

So bleibt der Kahr-Regierung nichts weiter übrig, als das Spiel mit verdeckten Karten fortzusetzen. Und mehr als je hat sie Anlaß, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Die mit der Verschiebung der Erörterung über den Staatszuschuß zur Einwohnerwehr bewilligte Galgenfrist wird in nächster Zeit ablaufen. Durch die Veröffentlichung des von Mayer-Kon an Kanzler gerichteten Briefes ist Herr Kahr schwer kompromittiert. Der Leiter der „Orta“ wird in dem Briefe beschuldigt, im Bureau der Landesleitung der C.W. in Rosenheim Anweisung gegeben zu haben, die Berräter von Geschühen an die Entente-Kommission umzubringen, „und zwar unter Hinterlassung eines Merkmales, das die Notiz der Tat zweifelsfrei erkennen ließe“. Ein solches „Merkmal“ ist bei der noch immer nicht aufgekärten Ermordung eines Dienstmädchens im Forstrieder Park vorgefunden worden. Weiter heißt es in dem Briefe des Mayer-Kon:

„Wiederholt hat Herr Kanzler in Stabsitzungen der Chiemgauer Einwohnerwehren — also vor etwa 50 Zeugen — den Führern nahegelegt, in ähnlichen Fällen die Angeber zu verprügeln. Ich muß gestehen, daß mir diese Strafe an sich ganz angebracht erschien für Leute, die für Geld an die Entente-Kommission unsere schweren Waffen verrieten. Daß aber Herr Kanzler hinzufügte, die Führer brauchten bei der Ausführung seines Auftrages nicht ängstlich zu sein, hinter ihm stände der Ministerpräsident, er werde im Falle von Anzeigen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikämen, und daß Kanzler





